



ISMAIL TIPI MdL



Die Vorkommnisse der letzten Tage bereiten mir große Sorgen. Motiviert vom Konflikt im Nahen Osten gehen Anhänger der Hamas und Palästinenser auf die Straße. Damit wird ein Konflikt in unser Land importiert, auf unseren Straßen ausgetragen und mit ihm leider auch offener Antisemitismus, der sich nicht nur in Worten, sondern auch in Taten bei uns bemerkbar macht.

Hier gilt es ganz klar zu betonen: Es ist das eine, auf die Straße zu gehen und gegen Luftangriffe zu protestieren. Es ist aber etwas ganz Anderes, dabei gegen Juden zu hetzen, offenen Hass zu propagieren oder gar jüdische Einrichtungen anzugreifen. Es geht mir dabei also um die grundsätzliche Frage des Zusammenlebens in unserem Land und darum, dass wir Hass, Hetze und Gewalt gegen jüdische Mitbürger nicht dulden werden. Wer diese Konflikte zu uns auf unsere Straßen bringt und Demonstrationen nutzt, um antisemitischen Hass zu verbreiten, muss die volle Härte unseres Rechtsstaats zu spüren bekommen.

Liebe Freunde,

jüngst wurde der salafistische Verein Ansaar International samt aller Ableger der radikalislamistischen Vereinigung verboten. Ihm wird vorgeworfen, Spendengelder genutzt zu haben, um terroristische Vereinigungen beispielsweise in Syrien zu unterstützen. Für mich ist das Verbot ein wichtiges Signal. Schon seit Jahren warne ich davor, dass mit Spendengeldern aus Deutschland der dschihadistische Terror finanziert wird. Mit diesem Verbot haben wir einen weiteren Schritt gemacht, um diesen Machenschaften einen Riegel vorzuschieben.

Es gibt aber auch einen weiteren wichtigen Erfolg zu verzeichnen: Drei Vereine, denen Spendentätigkeiten im Hisbollah-Umfeld vorgeworfen werden, wurden jüngst verboten. Mit diesen Geldern wurde der Kampf der libanesischen Hisbollah-Miliz gefördert.

Für mich machen die Verbote deutlich: Wir haben die Salafisten und Dschihadisten, die Terror finanzieren und sich hinter scheinbar harmlosen Organisationen verbergen, genau im Blick und sind bereit, mit den uns zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln zuzuschlagen und mit konsequenten Verboten und weiteren Maßnahmen zu reagieren. Und auch für die Zukunft gilt: Wir müssen die Geldhähne der Salafisten und Dschihadisten zudrehen, konsequent die Spendenquellen überprüfen, Vereinsvermögen der Salafisten kontrollieren und im Zweifelsfall beschlagnahmen. Nur so können wir verhindern, dass noch mehr junge Menschen in unserem Land vergiftet werden und durch den IS-Terror noch mehr Menschen sterben.

Ihr

Ismail Tipi



Sehr geehrte Damen und Herren,

nach mehr als einem Jahr Corona-Pandemie geben uns die positiven Entwicklungen der letzten Wochen die so lang ersehnte Hoffnung und Zuversicht im Kampf gegen das Virus: Die täglichen Infektionszahlen und Inzidenzen gehen weiter zurück, erste Landkreise können sich von der Bundesnotbremse lösen und mit stetig mehr Impfdosen und der Aufhebung der Priorisierung ab Juni erhalten immer größere Teile der Bevölkerung ihre Impfung und tragen damit zur Entlastung unseres Gesundheitssystems und zur Herstellung einer Herdenimmunität bei. Das ist ein großer und gemeinsamer Erfolg von uns allen, denn all die Maßnahmen und Einschränkungen konnten ihre Wirkung nur entfalten, weil wir auf die ungebrochene Solidarität und Rücksichtnahme in unserem Land zählen konnten. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein und dafür möchte ich Ihnen allen noch einmal ganz herzlich danken!

Mit unserem Öffnungskonzept stellen wir nun erste bedachte und vorsichtige Lockerungen in verschiedenen Bereichen in Aussicht, sobald es die Inzidenzzahlen erlauben. Dennoch müssen wir auch weiterhin vorsichtig bleiben und verantwortungsvoll mit der Situation umgehen. Die Ungeduld darf jetzt nicht zu unserer Schwäche werden, wenn wir nicht wollen, dass die Pandemie noch länger unser Leben bestimmt. Denn trotz der vielen positiven Entwicklungen bleibt die Gefahr des Virus weiter bestehen, und wir dürfen ihm nicht die Chance geben, sich noch einmal in größerem Maße zu verbreiten. Darauf setze ich und bin zuversichtlich, dass wir auch diese Herausforderung und die nächsten Schritte gemeinsam bewältigen werden.

Nun will ich gerne mit Ihnen gemeinsam auf die vergangene Plenarwoche zurückblicken: Mit unserem Setzpunkt zum Thema Kinderschutz haben wir ein Thema aufgegriffen, das uns alle angeht und dem wir uns als CDU-Fraktion seit jeher in besonderer Weise verpflichtet fühlen. Jedes Kind hat das uneingeschränkte Recht, unbeschwert und glücklich aufzuwachsen. Unsere Fraktionsvorsitzende Ines Claus machte deshalb in ihrem Beitrag noch einmal deutlich, dass es für uns alle fortwährende Verpflichtung und Aufgabe ist, Kinder und Jugendliche bestmöglich vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen, denn sie sind unsere Zukunft und verdienen

nicht nur deshalb die Aufmerksamkeit und Fürsorge von Staat, Gesellschaft und Familie. In diesem Zusammenhang sollen auch die jüngsten Erfolge der hessischen Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität nicht unerwähnt bleiben, die mit der Zerschlagung der international operierenden Kinderpornografieplattform „Elysium“ sowie ganz aktuell der weltweit größten Plattform „Boystown“ herausragende Beiträge im Kampf gegen die Verbreitung von Kinderpornografie geleistet hat. In weiteren Beiträgen informieren wir Sie über die aktuellen Regelungen zu Corona, die gerade auch für Familien erste Erleichterungen mit sich bringen und bekräftigen gerade in diesen Tagen noch einmal unser Bekenntnis zum Staate Israel. Die Ereignisse im Nahen Osten machen fassungslos und lassen uns bestürzt zurück. Ähnlich geht es uns bei einzelnen Ereignissen in deutschen Großstädten. Umso deutlicher stehen wir auch in Hessen mit Wort und Tat gegen jede Form des Antisemitismus zusammen.

Eine interessante Lektüre und in diesen Zeiten weiterhin viel Gesundheit wünscht Ihnen

Ihr

Holger Bellino

Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag



FÜR DEN SCHUTZ UNSERER KINDER – DENN SIE SIND UNSERE ZUKUNFT

Ines Claus, Fraktionsvorsitzende

Das Wohl unserer Kinder ist für uns als Eltern tägliche Verpflichtung und größtes Glück zugleich. Denn Kinder sind unsere Zukunft, unser Mittelpunkt und es gibt im Leben nichts Schöneres, als sein Kind gesund und geborgen aufwachsen zu sehen. Neben der elterlichen Fürsorge und Zuwendung, die ein jedes Kind verdient, haben gerade sie ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf eine gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Auch deshalb stehen sie unter dem besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft. Für uns als CDU-Fraktion hat

dieses Thema seit jeher oberste Priorität und wir kämpfen seit vielen Jahren dafür, dass die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft vor Übergriffen bestmöglich geschützt werden.

Leider erreichen uns aber auch immer wieder schreckliche Nachrichten, in denen Kinder und Jugendliche Opfer von Gewalt werden. Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Kinderpornografie gehören dabei zu den widerlichsten und abstoßendsten Verbrechen überhaupt. So stieg 2019 die Zahl der Kinder, die als Opfer von sexueller Gewalt registriert wurden, um

9 Prozent. Das Internet ist dabei Segen und Fluch zugleich. Einerseits bietet es schier unendliche Möglichkeiten in der Kommunikation, andererseits ruft es seit jeher auch Kriminelle auf den Plan, die sich die Freizügigkeit des Internets zu eigen machen. Es ist daher ein wichtiger Erfolg, dass auf maßgebliche Initiative Hessens das sog. Cybergrooming und damit schon allein der Versuch mit einem Kind im Internet aus sexuellem Interesse in Kontakt zu treten unter Strafe gestellt wurde.

Zum 1. Januar 2008 hat die CDU-Fraktion außerdem dafür gesorgt, dass in Hessen als erstem Land in der Bundesrepublik die U-Untersuchungen für Kinder verpflichtend sind. Hierdurch wurde gewährleistet, dass Kinder in regelmäßigen Abständen Ärzten vorgestellt werden, auch um Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellen Missbrauch aufzudecken. Dabei haben wir die Ärzte von ihrer Schweigepflicht befreit, damit sie Verdachtsfälle dem zuständigen Jugendamt melden können.

Weil es einen kompletten Schutz nicht geben kann, müssen die jungen Opfer

von Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellem Missbrauch bestmöglich ärztlich versorgt und die Beweise detailliert und gerichtsfest gesichert werden – ohne dass es dabei zu einer weiteren Traumatisierung kommt. Außerdem brauchen die Opfer möglichst schnell und professionell Hilfe. Dazu gibt es ein landesweites

„Das Wohl unserer Kinder ist für uns als Eltern tägliche Verpflichtung und größtes Glück zugleich.“

Beratungsnetz, das bald durch eine Koordinierungsstelle noch zielgerichteter arbeiten kann. Zudem gibt es in Hessen acht Opferhilfevereine, die das Land unterstützt und bei denen eine qualifizierte Betreuung durch Ärzte, Jugendpsychologen und auch der Staatsanwaltschaft erfolgt, die alle das Kindeswohl im Blick haben.

Um am Ende auch den Verursachern dieser abscheulichen Taten habhaft zu werden, haben wir ihnen mit über 130 Ermittlern in einer Sondereinheit der hessischen Polizei den Kampf angesagt. Dazu kommt die Zentralstelle zur Bekämpfung

der Internetkriminalität (ZIT) bei der Generalstaatsanwaltschaft, die regelmäßig ganz maßgeblich an Ermittlungserfolgen mit weltweiter Tragweite beteiligt ist. Der Schlag gegen die Kinderpornoplattform „Boystown“ mit einer unfassbaren Größe von 400.000 Mitgliedern ist nur einer der jüngsten Erfolge, der das außerordentliche Können der ZIT unter Beweis stellt.

Trotzdem führen die Zahl der Delikte in diesem Bereich und die Art ihrer Begehung immer wieder vor Augen, dass im digitalen Raum noch deutlich effizienter durchgegriffen werden muss.

Hier müssen sich die anderen Parteien auf Bundesebene endlich auf den Weg machen, mit der CDU effizientere Strafverfolgungsinstrumente einzuführen. Jede Verbesserung bspw. bei der Vorratsdatenspeicherung hilft, der Täter habhaft zu werden.

Unsere Kinder zu schützen, ist eine der zentralen Aufgaben einer starken Gesellschaft. Deshalb bedarf sie auch weiterhin unserer vollen Aufmerksamkeit, und wir sehen es als unsere herausragende Pflicht, das wirkliche Schutzschild für unsere Kinder auch weiterhin zu stärken und auszubauen.

GESCHLOSSEN GEGEN ANTISEMITISMUS

Tobias Utter, MdL

Die schockierenden Bilder aus Israel, die abscheulichen Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zum Teil antisemitischen und menschenverachtenden Demonstrationen und Proteste, nicht nur hier in unserem Land lassen einen sprachlos und verzweifelt zurück. War doch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Gespräche zwischen Israel und den arabischen Staaten ein historisches und hoffnungsvolles Zeichen dafür, dass scheinbar ewige Feindschaft einer konstruktiven,

pragmatischen Zusammenarbeit gewichen ist. Die erneuten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Israel und Palästina trüben nun diese Hoffnung, einer Zweistaatenlösung näherzukommen.

Wir alle hoffen und appellieren an ein schnelles Ende der Gewalt und sind in Gedanken bei den Menschen vor Ort, die so viel Leid zu ertragen haben.

Wer dann in diesen Zeiten jüdische Gemeinden attackiert und bedroht, menschenverachtende Parolen skandiert und seinen Antisemitismus offen auf die Straßen trägt, der steht nicht auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Denjenigen geht es auch nicht um

Kritik an einem Staat und einer Regierung, sondern um Aggression und Hass gegen eine Religion und diejenigen, die ihr angehören.

„Wir stehen für jüdisches Leben in Deutschland und ganz entschieden gegen jede Form von Antisemitismus.“

Wir sind Ministerpräsident Volker Bouffier und Landtags-

präsident Boris Rhein sehr dankbar, dass sie mit dem Hissen der Staatsflagge Israels vor Staatskanzlei und Landtag ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und für das Existenzrecht Israels gesetzt haben. Für uns ist klar: Hessen ist ein offenes Land und wir stehen für jüdisches Leben in Deutschland und ganz entschieden gegen jede Form von Antisemitismus. Mit einem eigenen Beauftragten und vielen großen und kleinen Projekten und Maßnahmen macht die Landesregierung dies auch immer wieder in Wort und Tat deutlich.





◀ Schon seit vielen Monaten müssen wir auf Veranstaltungen und größere Treffen verzichten. Damit fallen auch der persönliche Kontakt und die Begegnungen geringer aus. Doch ich merke, dass die Bürgerinnen und Bürger den Austausch suchen und sich mit ihren Anliegen, Sorgen und Nöten an mich wenden. Daher möchte ich wieder eine telefonische Bürgersprechstunde anbieten und alle Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis einladen, mich auf diesem Wege telefonisch zu kontaktieren. Dazu werde ich am Freitag, den 28. Mai in der Zeit von 14 Uhr bis 18 Uhr unter der Nummer 0611 / 350 710 erreichbar sein. Eine Voranmeldung ist nicht zwingend erforderlich.



▲ Jüngst durfte ich bei der Veranstaltungsreihe „Unter einem Zelt 2021 – Zu Gast zu Hause“ dabei sein. In diesem Rahmen fand eine Diskussion mit dem Titel „Ich bin dabei! – Aber wie?“ statt, bei der es um die Möglichkeiten der Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund ging. Es hat mich sehr gefreut, hier über die vielfältigen Möglichkeiten zu sprechen. Dabei konnte ich auch betonen, dass jemand, der Deutschland als Heimat gewählt hat, die Werte des Landes anerkennen und auch Teilhabe in der Gesellschaft zeigen muss. Wer bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, Leistung zu erbringen und sich zu engagieren, dem stehen alle Türen offen.



◀ Gemeinsam mit der Kreisvereinigung der Senioren-Union Offenbach-Land möchte ich dem langjährigen Mitglied Josef Olbrich gedenken, der im Alter von 90 Jahren verstorben ist. Er hat nicht nur die Kreisvereinigung Offenbach-Land mit großem Erfolg geführt, er hat sich stets zum Wohle der älteren Generation eingesetzt. Wir haben mit ihm nicht nur ein geschätztes Mitglied, sondern auch einen Freund verloren. Immer wieder werden wir mit dem Tod geliebter Menschen, von Verwandten oder Freunden konfrontiert. Doch die Erinnerung an sie bleibt für immer in unseren Herzen. Daher blicke ich mit Trauer aber auch mit Dank auf die vielen gemeinsamen Begegnungen mit Josef Olbrich zurück.



▲ Am 08. Mai 1945 endete mit der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht der zweite Weltkrieg auf europäischem Boden. Mittlerweile leben wir in einem geeinten und sicheren Europa, das von Solidarität, friedlichem Dialog und Demokratie lebt. Darauf können wir stolz sein. Gleichzeitig mahnt uns dieses Datum aber auch, all der Opfer des zweiten Weltkriegs zu gedenken und uns immer wieder bewusst zu machen: Es gibt keinen höheren Wert als das menschliche Leben.

IMPRESSUM

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
 Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552
 E-Mail: cdu-fraktion@ltg.hessen.de
twitter.com/cdu_fraktion
facebook.com/cdufraktionhessen
www.instagram.com/cdufraktion

Ismail Tipi MdL

Wahlkreis Offenbach-Land II
 Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
 Tel.: 0611 - 350-710 | Fax: 0611 - 350-1710
i.tipi@ltg.hessen.de | www.ismail-tipi.de
 Fotos: Scarlett Rüger, Marius Schmitt, cdu.de, cduhessen.de, Privat